

Menschenrechte auf dem Abstellgleis: Die EU-Handels- und Investitionsabkommen mit Vietnam



Die Europäische Union strebt ein Freihandels- und ein Investitionsschutzabkommen mit der Sozialistischen Republik Vietnam an. Da die beiden Verträge aufgrund der prekären Menschenrechtslage in dem Einparteiensstaat überaus umstritten sind, verzögert sich jedoch ihre Ratifizierung. Wirtschaftsverbände trommeln für die rasche Unterzeichnung. Vietnam sei ein zunehmend wichtiger Absatz- und Beschaffungsmarkt für europäische Unternehmen. Ohne die Abkommen drohe ihnen ein Verlust von Marktanteilen.¹

Zivilgesellschaftliche Organisationen und einige Abgeordnete halten die Unterzeichnung dagegen für unverantwortlich. Die EU kompromittiere ihre angeblich wertorientierte Handelspolitik, da Vietnam BürgerInnen unterdrücke, die für Menschenrechte und Umweltschutz eintreten.² Zudem seien die Handels- und Investitionsabkommen ungeeignet, eine Verbesserung der sozialen und menschenrechtlichen Lage zu bewirken.³

¹ AmChamEU/EuroCham Vietnam et al.: Joint letter to President Tusk on the EU-Vietnam FTA, 11. Januar 2019: <http://fesi-sport.org/joint-letter-to-president-tusk-on-the-eu-vietnam-free-trade-agreement/>

² ACAT et al.: Open letter to reject the EU-Vietnam FTA: No free trade with unfree regimes, 6. Juni 2018: <https://vietnam.org/en/open-letter-to-eu/>

³ Seattle to Brussels Network: Call from civil society not to ratify the EU Singapore and EU Vietnam Free Trade and Investment Agreements, 10. Oktober 2018: <http://s2bnetwork.org/support-the-civil-society-letter-on-eu-singapore-and-eu-vietnam/>

Verhandlungsprozess: Vietnam statt ASEAN

Die Handelsverhandlungen der EU mit Vietnam reichen bis ins Jahr 2007 zurück. Damals erteilte der Europäische Rat der Kommission ein Mandat über die Aushandlung eines interregionalen Freihandelsabkommens mit den zehn Ländern der ASEAN-Gruppe (Association of Southeast Asian Nations).⁴

In den ASEAN-Verhandlungen aber stieß die EU aufgrund ihrer weitreichenden Forderungen auf zahlreiche Widerstände. Nach nur sieben Gesprächsrunden gab sie den interregionalen Ansatz wieder auf. Im Dezember 2009 beschloss der Rat der EU, die Verhandlungen stattdessen auf bilateraler Ebene mit einzelnen ASEAN-Staaten fortzusetzen.⁵

Zu den ersten Ländern, die in bilaterale Gespräche einwilligten, gehörten Singapur, Malaysia und Vietnam. Mit Vietnam verhandelt die Kommission seit 2012 über das

⁴ European Commission: Recommendation from the Commission to the Council authorising the Commission to negotiate a free trade agreement with countries of the Association of South East Asian Nations (ASEAN) on behalf of the European Community and its Member States, draft, 2007: <https://www.bilaterals.org/?draft-eu-asean-fta-negotiating&lang=en>

⁵ European Commission 2009: EU to launch FTA negotiations with individual ASEAN countries, beginning with Singapore, Brüssel, 22. Dezember 2009: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-09-1991_en.htm?locale=en



Proteste von MenschenrechtsaktivistInnen
Foto: Magicloveisintheair, Wikimedia

2

Freihandelsabkommen. Im Dezember 2015 verkündete sie den formalen Abschluss.⁶

Nachdem der Europäische Gerichtshof 2017 ein wichtiges handelspolitisches Gutachten veröffentlichte, änderte die Kommission allerdings ihre Ratifizierungsstrategie.⁷ Seither spaltet sie ihre Handelsabkommen in einen Handels- und einen Investitionsschutzteil auf. Der Grund: Bei Handelsverträgen kann künftig die Mitratifizierung durch die Mitgliedsstaaten entfallen. Nur die Investitionsschutzabkommen müssen weiterhin durch den Rat, das Europaparlament sowie die Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

Im Oktober 2018 übermittelte die Kommission dem Rat der EU daher zwei Verträge mit Vietnam zur Unterzeichnung: ein Handels- und ein Investitionsschutzabkommen.⁸ Bisher allerdings (Juni 2019) steht die Unterzeichnung beider Abkommen noch aus.

Festschreibung ungleicher Entwicklung

Vietnam vollzog in den letzten drei Jahrzehnten eine rasche Entwicklung von einem der

⁶ European Commission: Declaration on the conclusion of the negotiations of the EU-Vietnam Free Trade Agreement, Brüssel, 2. Dezember 2015: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/154012.htm>

⁷ In seinem Gutachten 2/15 vom 16. Mai 2017 erklärte der EuGH, dass das EU-Freihandelsabkommen mit Singapur mit Ausnahme der Portfolio-Investitionen und der Investor-Staat-Schiedsverfahren in die ausschließliche Zuständigkeit der EU falle. Siehe: Gerichtshof der Europäischen Union: Gutachten 2/15 des Gerichtshofs (Plenum), 16. Mai 2017: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=190727&doclang=DE>

⁸ European Commission: Commission presents EU-Vietnam trade and investment agreements for signature and conclusion, Pressemitteilung, Brüssel, 17. Oktober 2018: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1921>

ärmsten Länder der Welt zu einem Land mit „niedrigem mittleren Einkommen“, nach den Kriterien der Weltbank.⁹ Zugleich aber ist es von dem Phänomen der sogenannten Mittel-einkommensfalle betroffen, in der zahlreiche Entwicklungsländer gefangen sind. Diese Länder haben sich zwar in die Weltwirtschaft integriert, schaffen es aber nicht, fortdauernde strukturelle Probleme zu überwinden: technologische Rückständigkeit, soziale Ungleichheit, prekäre Beschäftigung und hohe Armutsraten.¹⁰

So findet sich auch Vietnam bisher nur auf den niedrigen Stufen der Wertschöpfungs-pyramide globaler Lieferketten wieder, etwa in der Textil- und Elektronikindustrie. Die lokalen Wertschöpfungsanteile sind niedrig und bestehen wesentlich aus schlecht entlohnter Montagefertigung.¹¹

Das Freihandelsabkommen mit der EU schreibt diese ungleiche Entwicklung fest, indem es den Rückgriff auf wichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen beschränkt, etwa den Zollschatz für junge Wirtschaftszweige. So verpflichtet das Abkommen beide Seiten, über 99 Prozent ihrer Zölle zu beseitigen. In der EU muss dies sieben Jahre nach Inkrafttreten erfolgen, in Vietnam nach 10 Jahren.¹² Die EU gewährt Vietnam also nur eine drei Jahre längere Übergangsfrist bei der vollständigen Liberalisierung.

Selbst die offizielle Folgenabschätzung des Abkommens durch die EU prognostizierte, dass die Liberalisierung einen Aufstieg Vietnams in den globalen Wertschöpfungsketten verhindere. So werde sich die Schuhindustrie des Landes auch langfristig auf die arbeitsintensive Massenproduktion konzentrieren, während anderen Branchen wie der Elektronik ein Niedergang drohe.¹³

⁹ Weltbank: The World Bank in Vietnam, 24. April 2019: <https://www.worldbank.org/en/country/vietnam/overview>

¹⁰ Veerayooth Kanchoochat: The Middle-Income Trap and East-Asian Miracle Lessons, in: UNCTAD: Rethinking Development Strategies after the Financial Crisis, Volume I: Making the Case for Policy Space, New York/Geneva 2015, S. 55-66: https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/gdsmdp20151_en.pdf

¹¹ Hansjörg Herr et al: Vietnam in the Global Economy: Development through integration or middle-income trap?, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2016: <https://www.fes-asia.org/news/vietnam-in-the-global-economy-development-through-integration-or-middle-income-trap/>

¹² European Commission: Fact and Figures: Free Trade Agreement between EU and Vietnam, Fact Sheet, Brüssel, 4. August 2015: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5468_de.htm

¹³ European Commission: Commissions Services' Annex on Vietnam to the Position Paper on the Trade Sustainability Impact Assessment of the Free Trade Agreement between EU and ASEAN, 2013: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/151230.htm>

Umweltkatastrophe: Repression gegen kritische Zivilgesellschaft

Auf sozialen Protest reagiert die Regierung Vietnams häufig mit drastischen Repressionsmaßnahmen. So auch im April 2016, als die ungeklärten Ableitungen eines Stahlwerks ein massives Fischsterben an der vietnamesischen Küste auslösten und Tausende von FischerInnen ihre Lebensgrundlage verloren.¹⁴

Lange leugnete die Regierung die Verantwortung des Stahlwerks – eine Niederlassung des taiwanischen Konzerns Formosa Steel – und ging stattdessen mit Polizeigewalt gegen die Proteste der Betroffenen vor. 500 DemonstrantInnen wurden verhaftet, BloggerInnen wegen „staatsfeindlicher Propaganda“ zu langen Freiheitsstrafen verurteilt.¹⁵

Die Repression im Fall Formosa Steel ist kein Einzelfall; laut Amnesty International gibt es zur Zeit über 230 politische Gefangene.¹⁶ Damit aber verstößt Vietnam gegen zahlreiche internationale Verpflichtungen, unter anderem gegen das „Rahmenabkommen über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der EU und Vietnam. Das nämlich enthält eine Klausel, die die Vertragsparteien zur „Achtung der Menschenrechte“ verpflichtet.¹⁷

Das Freihandelsabkommen wiederum ist ein Bestandteil der durch das Rahmenabkommen begründeten EU-Vietnam-Beziehungen.¹⁸ Ein Verstoß gegen dessen Menschenrechtsklausel stellt daher auch einen Bruch des Handelsvertrags dar.

Aus diesem Grund forderten Bürgerrechtsorganisationen den Rat der EU Anfang 2019 auf, die Unterzeichnung des



Vietnamesische Fischerin Foto: Evgeny Nelmin, Unsplash

Freihandelsabkommens mit Vietnam zu vertragen.¹⁹ Wenige Monate zuvor hatte auch eine fraktionsübergreifende Gruppe von 32 Europaabgeordneten gefordert, Vietnam sollte erst eine Reihe menschenrechtlicher Verbesserungen vornehmen, bevor das Abkommen dem Parlament überstellt werde.²⁰

Gewerkschaftsrechte Fehlanzeige

Die Regierung Vietnams verfolgt eine Niedriglohnstrategie, die sich auf systematische Verletzungen der Gewerkschaftsrechte stützt. Transnationale Konzerne belohnen diese Politik mit zahlreichen Investitionen, die das Land in einen bevorzugten Produktionsstandort für Elektroartikel, Schuhe und Textilien verwandelt haben.

Die vietnamesische Regierung lässt keine unabhängigen Gewerkschaften zu. Sämtliche ArbeitnehmerInnen werden durch Vietnams Allgemeinen Gewerkschaftsbund repräsentiert, der der Kommunistischen Partei untersteht. Entsprechend hat Vietnam bis heute drei der acht Kernkonventionen der

¹⁴ Angel L. Martinez Cantera: 'We are jobless because of fish poisoning': Vietnamese fishermen battle for justice, The Guardian, 14. August 2017: <https://www.theguardian.com/global-development/2017/aug/14/vietnamese-fishermen-jobless-fish-poisoning-battle-justice>

¹⁵ Lauren Kissel: The Formosa Spill and Violation of Freedom of Speech in Vietnam, Michigan State University, MSU International Law Review, Legal Forum, 26. April 2018: <https://www.msuir.org/msuir-legalforum-blogs/2018/4/26/the-formosa-spill-and-violation-of-freedom-of-speech-in-vietnam>

¹⁶ Thoi Nguyen: Vietnam's Human Rights Record in 2019, Amnesty International UK, 21.2.2019: <https://www.amnesty.org.uk/blogs/ether/vietnams-human-rights-record-2019>

¹⁷ Rahmenabkommen über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits, Brüssel, 27. Juni 2012, Artikel 1: Allgemeine Grundsätze: [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22016A1203\(02\)&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22016A1203(02)&from=DE)

¹⁸ Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam, Brüssel, 17.10.2018, Artikel 17.22 und Artikel 17.18: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:cecd32a2-d2e8-11e8-9424-01aa75ed71a1.0014.02/DOC_2&format=PDF

¹⁹ Human Rights Watch: NGOs Urge the EU to Postpone Vote on Vietnam Free Trade Agreement, Joint Letter to the EU's Council and Parliament, 18. Januar 2019: <https://www.hrw.org/news/2019/01/18/ngos-urge-eu-postpone-vote-vietnam-free-trade-agreement>

²⁰ Ramon Tremosa: 32 MEPs send a joint letter to Mrs Mogherini and Commissioner Malmström to ask for more Human Rights progress in Vietnam, 17.9.2018: <http://tremosa.cat/noticies/32-meps-send-joint-letter-mrs-mogherini-and-commissioner-malmstrom-ask-more-human-rights-progress-vietnam>



Die vietnamesische Blumenindustrie ist ein aufstrebender Wirtschaftszweig. Foto: Alessa Hartmann

4

Internationalen Arbeitsorganisation IAO nicht ratifiziert: Konvention 87 über die Vereinigungsfreiheit, Konvention 98 über das Recht auf Tarifverhandlungen und Konvention 105 über das Verbot der Zwangsarbeit.²¹

Häufig handeln die staatlichen Gewerkschaften hinter dem Rücken der Beschäftigten Scheintarifverträge mit überaus schlechten Konditionen aus. Der offizielle Mindestlohn wiederum ist derart niedrig, dass er weit unterhalb der Schwelle existenzsichernder Bezahlung liegt.²² Aufgrund der Armutslöhne sind ArbeiterInnen zu zahlreichen Überstunden gezwungen. Häufig können sie sich weder Mieten noch ausreichende Ernährung leisten.²³

Von den Arbeitsrechtsverletzungen profitieren auch deutsche Konzerne wie Adidas, der Schuhe aus den vietnamesischen Fabriken des Auftragsfertigers Pou Chen bezieht. Bei dem Adidas-Lieferanten kam es bereits

²¹ ILO: Up-to-date Conventions and Protocols not ratified by Viet Nam: http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:11210:0:NO:11210:P11210_COUNTRY_ID:103004

²² Fair Labor Association: Toward Fair Compensation in Vietnam: Insights on reaching a living wage, April 2019: http://www.fairlabor.org/sites/default/files/documents/reports/vietnam_wagereport_final.pdf

²³ Oxfam: The consequences of low wages: A study on fashion suppliers in Vietnam, 2019: <https://whatshemakes.oxfam.org.au/wp-content/uploads/2019/02/The-Consequences-of-Low-Wages-a-Study-on-Fashion-Suppliers-in-Vietnam-.pdf>

häufiger zu Streiks wegen der schlechten Arbeitsbedingungen.²⁴

Die EU-Kommission behauptet, das Freihandelsabkommen werde die Vertragsparteien zur „effektiven Umsetzung der Prinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation“ verpflichten.²⁵ Ein Blick in dessen Nachhaltigkeitskapitel zeigt jedoch, dass sich Vietnam zu keinerlei substanziellen Verbesserung verpflichtet. So heißt es zu den Kernkonventionen der IAO lediglich, jede Vertragspartei „arbeitet beständig und nachhaltig auf die Ratifizierung der von ihr noch nicht ratifizierten grundlegenden IAO-Übereinkommen hin“.²⁶

Selbst wenn Vietnam die ausstehenden IAO-Konventionen in einigen Jahren doch noch ratifizieren sollte, bietet das Nachhaltigkeitskapitel keine effektive Handhabe, um gegen etwaige Verstöße vorzugehen. Da das Kapitel vom zwischenstaatlichen Streitschlichtungsmechanismus des Handelsabkommens ausgenommen ist, können Verfehlungen nämlich nicht mit Handelssanktionen geahndet werden.

Sonderklagerechte auf Kosten des Gemeinwohls

Nicht minder problematisch ist auch das EU-Investitionsschutzabkommen (Investment Protection Agreement – IPA) mit Vietnam. Das IPA sieht ein sogenanntes Investitionsgerichtssystem vor, das ausländischen Investoren ein Sonderklagerecht vor dreiköpfigen Schiedstribunalen einräumt, wenn sie sich durch Regulierungen der EU oder Vietnams geschädigt fühlen.²⁷

Dieses Privileg genießen ausschließlich ausländische Investoren; InländerInnen dürfen diesen Mechanismus nicht für

²⁴ Focus online 2016: Tausende in Schuhfabrik in Vietnam im Streik – Adidas ist Kunde, 26. Februar 2016: https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/unternehmen-tausende-in-schuhfabrik-in-vietnam-im-streik-adidas-ist-kunde_id_5316056.html; Phuoc Tuan: Thousands of Vietnamese workers take to highway to protest wage cuts, VN Express, 24. März 2018: <https://e.vnexpress.net/news/news/thousands-of-vietnamese-workers-take-to-highway-to-protest-wage-cuts-3727370.html>

²⁵ European Commission: Commission presents EU-Vietnam trade and investment agreements for signature and conclusion, Pressemitteilung, Brüssel, 17. Oktober 2018: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1921>

²⁶ Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam, Brüssel, 17.10.2018, Artikel 13.4: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:cecd32a2-d2e8-11e8-9424-01aa75e-d71a1.0014.02/DOC_2&format=PDF

²⁷ Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits, Brüssel, 17. Oktober 2018, Unterabschnitt 4: Investitionsgerichtssystem: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:d2e7-11e8-9424-01aa75ed71a1.0010.02/DOC_2&format=PDF

Entschädigungsklagen nutzen. Hinzu kommt: Das IPA sieht nur Rechte, aber keinerlei Pflichten für Investoren vor, etwa zur Einhaltung grundlegender Menschenrechte.²⁸

Es gibt bereits acht bekannte Fälle, in denen Vietnam vor Investitionstribunalen verklagt wurde; in fünf dieser Fälle waren die Kläger in der EU niedergelassen. Vietnamesische Unternehmen hingegen haben diesen Mechanismus nie angewandt.²⁹ Häufig werden die Sonderklagerechte genutzt, um gegen legitime Maßnahmen zum Schutz des Allgemeinwohls vorzugehen, so auch im Fall Vietnams.

Die jüngste Klage gegen das Land stammt von der britischen Niederlassung des Erdölkonzerns ConocoPhillips, der seine Anteile an vietnamesischen Ölfeldern mit einem Gewinn von rund 900 Millionen US-Dollar an den britisch-französischen Konzern Perenco verkaufte. ConocoPhillips und Perenco klagen beide nun vor einem privaten Investitionstribunal, weil Vietnam diesen üppigen Veräußerungsgewinn besteuern will.³⁰

Ratifizierung verhindern!

Weder das Freihandels- noch das Investitionsabkommen mit Vietnam sollten in Kraft treten. Die beiden Verträge sind aus folgenden Gründen abzulehnen:

- Sie unterminieren die regionale Integration im ASEAN-Bündnis.
- Sie schreiben das Entwicklungsgefälle zwischen der EU und Vietnam fest.
- Sie legitimieren eine Regierung, die die politischen Rechte von MenschenrechtlerInnen und UmweltschützerInnen missachtet.
- Sie enthalten keine Sozialklauseln, die Vietnam zur Einhaltung internationaler Arbeitsnormen verpflichten.

²⁸ FIDH/VCHR: EU-Vietnam Investment Protection Agreement contravenes the EU's human rights obligations, Open letter, Brüssel, 7. November 2018: <https://www.fidh.org/en/international-advocacy/european-union/eu-vietnam-investment-protection-agreement-contravenes-the-eu-s-human>

²⁹ UNCTAD: Investment Dispute Settlement Navigator: Viet Nam – as respondent state: <https://investmentpolicy.hubold.unctad.org/ISDS/CountryCases/229?partyRole=2>

³⁰ George Turner: Oil firms use secretive court hearing in bid to stop Vietnam taxing their profits, The Guardian, 15. August 2018: <https://www.theguardian.com/global-development/2018/aug/15/oil-firms-use-secretive-court-hearing-in-bid-to-stop-vietnam-taxing-their-profits>



Die Bohrrinsel Bach Ho vor Vungtau
Foto: Genghiskhanviet, Wikimedia

→ Sie begünstigen einseitig transnationale Unternehmen, unter anderem durch ein Sonderklagerecht für ausländische Investoren.

Die Schwächen der beiden Vietnam-Abkommen lassen sich auch nicht durch mögliche Auslegungs- oder Zusatzklärungen beheben, solange diese nicht verbindlicher Bestandteil der Abkommen werden. Zusatzklärungen, wie sie etwa beim EU-Kanada-Abkommen CETA verabschiedet wurden, führen keinerlei Veränderung der Vertragsinhalte herbei, können daher auch nicht deren Defizite beseitigen.³¹

³¹ Markus Krajewski: Kurzbewertung der Gemeinsamen Auslegungserklärung zum CETA insbesondere mit Blick auf den Investitionsschutz, Erlangen, 14.10.2016: https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruene-bundestag_de/themen_az/EU-USA_Freihandelsabkommen/Kurzbewertung_der_Gemeinsamen_Auslegungserklaerung_zum_CETA.pdf

Fotonachweise

S.1 Street market in Hanoi, Vietnam.
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Street_market_-_Hanoi,_Vietnam_-_DSC03457.JPG,
 Photo: Daderot, Wikimedia, CC0

S.2 [https://en.wikipedia.org/wiki/File:Vietnamese_Black_April_\(Tháng_Tư_Đen\)_Democracy_Human_Rights_Rally_63.jpg](https://en.wikipedia.org/wiki/File:Vietnamese_Black_April_(Tháng_Tư_Đen)_Democracy_Human_Rights_Rally_63.jpg),
 Photo: Magicloveisintheair, Wikimedia, CC BY-SA 3.0,
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>

S.3 Vietnamese woman in a fishing village,
https://unsplash.com/photos/aNm2Cs8_K78,
 Photo: Evgeny Nelmin, Unsplash

S.4 Photo: Alessa Hartmann

S.5 An oil rig offshore Vungtau,
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:An_oil_rig_offshore_Vungtau.jpg,
 Photo: Genghiskhanviet, Wikimedia, Public domain

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaft. Dafür setzen wir unsere Expertise in Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik ein: Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen. Um unsere Ziele zu erreichen, formulieren wir politische Forderungen, betreiben Informations- und Bildungsarbeit und schmieden starke Bündnisse – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen. Gemeinsam mischen wir uns ein!

Wenn Sie über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben wollen, dann abonnieren Sie unseren Newsletter:
<https://power-shift.de/newsletter-bestellen/>

Impressum

Herausgeber:
PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.
 Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
 Tel.: +49 30 42805479
 Web: <https://power-shift.de>
 E-Mail: alessa.hartmann@power-shift.de

Und:
 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - AbL e.V.
 Attac Deutschland
 NaturFreunde Deutschlands e.V.

Autor:
 Thomas Fritz
 Redaktion:
 Alessa Hartmann
 Bildredaktion:
 Lilian Leupold
 Layout, Satz & Reinzeichnung:
 Tilla Balzer | buk.design

Berlin, 2019

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein PowerShift e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des

